

Volkszeitung

Nr. 21. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens. In den Sonntagen wird die reichhaltig illustrierte „Woll und Zeit“ beigegeben. Abonnementspreis: monatlich 1.00; Ausland: monatlich 1.20, jährlich 12.—, Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 30 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrifauer 109
Tel. 36-90. Postkontos 63.508
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 1.30 bis 2.30

Anzeigenpreise: Die nebengefaltene Millimeterzelle 12 Groschen, im Text die dreigefaltene Millimeterzelle 40 Groschen. Stellensuche 50 Prozent, Stellenangelegenheiten 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzelle 50 Groschen; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

Vertreter in den Nachbarstädten zur Entgegennahme von Abonnements und Anzeigen: **Alegandrow:** W. Rösner, Perzejewka 16; **Wlajskat:** B. Schwalbe, Stoleczna 48; **Konstantynow:** E. S. Kobrow, Plac Wolnosci 38; **Dzorzow:** Amalie Richter, Reukabi 505; **Pabianice:** Julius Welta, Sienkiewicza 8; **Lomazow:** Richard Wagner, Bahnstraße 66; **Zduńska-Wola:** Johann Mühl, Szablowska 21; **Zgierz:** Ewald Strang, Rynek Różniwego 13; **Zyrardow:** Otto Schmidt, Hiellego 20.

Spaltung im Lager der bürgerlichen Deutschen

Die „Neue Lodzer Zeitung“ wendet sich gegen den Minderheitenblock und unterstützt den Block der Regierungsparteien.

Die „Freie Presse“ behauptete in allen Artikeln, die die Wahlen betreffen, stets, daß außer den deutschen Sozialisten alle Deutschen im Minderheitenblock marschieren. Es stellt sich nun heraus, daß das nicht der Fall ist. Im deutsch-bürgerlichen Lager ist eine Spaltung eingetreten. Ein Teil der Deutsch-Bürgerlichen, deren Sprachorgan die „Freie Presse“ ist, geht mit dem Minderheitenblock, während ein anderer Teil mit der „Neuen Lodzer Zeitung“ sich vom Minderheitenblock abgewendet und entschlossen hat, den Regierungsblock zu unterstützen.

Daß die „Neue Lodzer Zeitung“ sich gegen den Minderheitenblock wenden wird, war vorauszu sehen. Wer dieses Blatt in den letzten Monaten verfolgt hat, der wird durch die jetzige Stellungnahme gar nicht überrascht sein. Die ganze Zeitung kriehte nur so von Lobeshymnen über Pilsudski und seine Regierung. Die „Neue Lodzer Zeitung“ handelte nach ihrer alten Parole: „Wer die Macht hat, an den muß man sich anschmiecheln.“ Auch die Meldungen der „N. L. Ztg.“ über den Minderheitenblock waren in den letzten Tagen tendenziös gefärbt. Fast täglich wurde, genau so wie in der Regierungspresse, berichtet, daß der Minderheitenblock zerschlagen ist. Eine offene Stellungnahme zu den Wahlen ist jedoch bis jetzt vermieden worden. Erst gestern hat die „N. L. Ztg.“ die Maske fallen lassen. In einem Leitartikel ihres Schriftleiters Haller hat sie sich offen gegen den Minderheitenblock und für eine Unterstützung des Regierungsblocks ausgesprochen. Die Deutschen werden aufgefordert, ihre Stimmen für die Liste der Regierungsparteien abzugeben.

Unsere Stellungnahme zum Minderheitenblock ist bekannt. Wir haben ein Zusammengehen mit ihm abgelehnt, weil wir überzeugt sind, daß die Interessen unseres werktätigen deutschen Volkes durch eine Zusammenarbeit mit den polnischen Sozialisten besser gewahrt werden können. Die Stellungnahme der „N. L. Ztg.“ muß jedoch in aller Öffentlichkeit gebrandmarkt werden, weil sie ein schändliches Doppelspiel treibt. Während der Stadtratwahlen hat sie sich übertrieben national listig gebärdet. Unsere Politik der Verständigung mit dem polnischen Volke hat sie entschieden bekämpft und in der gleichen Tonart wie die „Freie Presse“ uns täglich Verräter am Deutschtum genannt. Wo es den Kampf gegen uns galt, haben sich die beiden Blätter immer in brüderlicher Einmütigkeit zusammengefunden. Nun aber hält sich die „N. L. Ztg.“ in einen falschen Mantel des Patriotismus und geht mit fliegenden Fahnen in das Lager der polnischen Regierungsparteien über. Fallen da nicht alle Vorwürfe des Verrats am Deutschtum mit verdoppelter Kraft auf diese Zeitung selbst zurück?

Wir haben keinen Grund, der Spaltung im Lager der bürgerlichen Deutschen eine Träne nachzuweinen. Dies überlassen wir der „Freien Presse“, die sich mit ihrem untreuen Bundesgenossen ausein-

anderzusetzen soll. Wir beneiden aber auch den Regierungsblock gar nicht um seinen neuen Anhang. Heute, nachdem Pilsudski die Macht in den Händen hat, schießen täglich neue Pilsudski-Berehrer wie Pilze aus dem Boden, weil es doch so bequem und so einträglich ist, sich im Schatten der Macht niederzulassen. Auch die „N. L. Ztg.“ hat sich

auskalkuliert, daß es heute das beste Geschäft ist, Pilsudski-Anhänger zu sein. Na, und bezahlte Anzeigen wird es ja auch geben. Was Wunder also, wenn die „Neue“ in ihrer altbekannten Geschäftstüchtigkeit heute „Hoch, Pilsudski!“ ruft? Wir aber wünschen dem Marschall, der doch einer großen Idee dient, nicht solch geschäftstüchtige Anhänger, wie es die „N. L. Ztg.“ ist. Wir glauben, daß auch er selbst sich für solche Unterstützung bedankt. Wir erinnern dabei an einen Ausspruch von ihm: „Ich kann mich der vielen neuen Pilsudski-Anhänger nicht erwehren, die mir wie Läuse am Kragen meines Mantels emporkriechen...“

Das Budget für 1928/29.

Die Ausgaben sollen 2476 Millionen Zl., die Einnahmen 2525 Mill. Zl. betragen.

Gestern nachmittag fand unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Marschall Pilsudskis eine Sitzung des Ministerrats statt, in der u. a. das Budget für das Jahr 1928/29 beschlossen wurde. Das neue Budget sieht an Ausgaben die Summe von 2476 Millionen, an Einnahmen 2525 Millionen Zloty vor. Sollte dieser Budgetvorschlag vom Sejm bestätigt werden, so würde das Budget des kommenden Jahres im Verhältnis zum laufenden Jahre um fast eine halbe Milliarde Zloty größer sein. Das Budget des gegenwärtigen Jahres sieht an Einnahmen 1990 Millionen 530 tausend Zloty vor, an Ausgaben 1988 Millionen 260 tausend Zloty vor.

Eine einmalige Unterstützung für die Staatsbeamten.

Außer der Aufstellung des Budgets befaßte sich der Ministerrat mit der Frage der Erhöhung der Staatsbeamtengehälter. Nach eingehenden Erwägungen stellte sich der Ministerrat auf den Standpunkt, daß eine künftige Erhöhung der Beamtengehälter nicht möglich sei, da für eine solche Ausgabe keine Deckung vorhanden sei. Es wurde daher beschlossen, den Beamten für das erste Vierteljahr nur eine einmalige Unterstützung in der Höhe eines 45prozentigen Monatsgehälts zu gewähren, zahlbar in zwei Raten: am 25. Januar und 10. März dieses Jahres.

Sofort nach der Sitzung des Ministerrats erteilte Vizepräsident Bartel Pressevertretern eine Unterredung über die Frage der Erhöhung der Beamtengehälter. Er wies darauf hin, daß es der Regierung gegenwärtig nicht möglich sei, eine künftige Erhöhung der Gehälter der Staatsbeamten zu beschließen. Sofort nach Zusammentritt des neuen Sejms werde die Regierung jedoch an diesen mit Vorschläge herantreten, durch welche die durch eine Erhöhung der Gehälter verursachte Mehrausgabe wird gedeckt werden können.

Vor den Wahlen.

Die Liste Nummer 12.

Dem Generalwahlkommissar wurde bereits eine neue Staatsliste überreicht, und zwar von der Radikalen Bauernpartei. Die Liste erhielt die Nummer 12.

Die Senatsliste der P. P. S.

Gestern wurde die Kandidatenliste der P. P. S. für den Senat eingereicht. An der Spitze der Liste stehen: Poleslaw Ulanowski, Stanislaw Posner, Dorota Kluszyńska, Andrzej Strug, Stefan Kopicinski.

Der Regierungsblock verlangt Verfassungsänderung.

Gestern veröffentlichten wir den Inhalt der programmatischen Erklärung des Regierungsblocks. In dieser Erklärung ist besonders der eine Punkt bemerkenswert, der von der Verfassung des Staates handelt. Der Regierungsblock ist mit der Verfassung vom 17. März 1921 nicht zufrieden und tritt für eine gründliche Änderung derselben ein. Worin diese Änderung bestehen soll, ist im Einzelnen nicht ausgeführt. Nur die Forderung nach Vergrößerung der Macht des Staatspräsidenten wird stark hervorgehoben. Daraus ist ersichtlich, daß die von den Regierungsparteien gewünschte Verfassungsänderung in der Richtung einer Beeinträchtigung der vom Volke gewählten Vertretung gehen soll. Das bisherige Verhalten der Regierung gegenüber dem Parlament weist ja auch darauf hin, daß der Vorstoß gegen das parlamentarisch-demokratische System gerichtet ist. Wenn wir in Betracht ziehen, daß auch die reaktionären Parteien und die sogenannten „Wirtschaftskreise“ die Verfassung in dem Sinne ändern möchten, daß der Wille des Volkes beschnitten wird, so müssen wir im neuen Sejm mit einem allseitigen Sturm gegen die demokratischen Prinzipien unserer Verfassung rechnen. Die bevorstehenden Wahlen gewinnen durch diesen Kampf um die Staatsverfassung eine hervorragende Bedeutung. Die Front der Sozialisten, die eine Verschandelung der Verfassung nicht zulassen werden, muß also geklärt werden.

Führungswechsel in der P. P. S. Oberschlesiens.

Die seit längerer Zeit währenden Auseinandersetzungen in der oberschlesischen P. P. S. haben den Rücktritt eines Teils der bisherigen Führer nach sich gezogen. So haben Binszkiwicz, Kumsfeld, Juchel, Pech, Rubin und Wengzell ihre Mandate in der Bezirksparlaments niedergelegt und die Leitung des Wahlkampfes der Opposition überlassen. Binszkiwicz hat seine Kandidaturen zum Sejm und Senat zurückgezogen und auch seinen kommissarischen Stabschefposten niedergelegt. Auch Kumsfeld, Rubin und Juchel haben ihre Kandidaturen zurückgezogen.

Die Opposition hat gestern eine besondere Konferenz abgehalten und die Parteileitung neu gewählt. Dem Parteivorstand der D. S. A. P. wurde erklärt, daß die neue Parteileitung die von der P. P. S. eingegangenen Verpflichtungen in jeder Beziehung erfüllen werde, daß der Leitungswechsel in der P. P. S. nichts an dem Wahlbündnis mit der D. S. A. P. ändere. Hingegen haben die auscheidenden Mitglieder dem Parteivorstand der D. S. A. P. erklärt, daß sie während der Wahlen gegen die Opposition Zurückhaltung üben werden um den Wahlkampf nicht zu gefährden. Sie werden aber

